Beschluss Komplex III: Kreativität und Nachhaltigkeit

Gremium: Kreismitgliederversammlung
Beschlussdatum: 16.03.2021

Antragstext

Mit Kunst und Kultur das Leben in der Stadt weiterentwickeln

Kunst und Kultur verstehen wir als Element alltäglichen Lebens und als Möglichkeit eingreifenden Gestaltens. Künstler*innen und Kulturschaffende brauchen Freiräume zum Experimentieren. Kunst und Kultur im jeweiligen Kiez ermöglicht den Bürger*innen einen ortsnahen Zugang und lebendigen Dialog der Auseinandersetzung mit ihrem Umfeld. Als städtischer Bezirk mit vielen Kulturorten müssen wir Kultur stärker mit der Stadtentwicklung zusammen denken und sie allen Bewohner*innen zugänglich machen.

Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:

- Wohnortnahe Kulturangebote erhalten und diese durch „Kulturentwicklungsplan Bezirk-Stadtteil-Kiez“ in allen Stadtteilen fördern
- Zusammenarbeit von Schulen und Kultureinrichtungen stärken und mit einem jährlichen Kulturpreis künstlerische Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen fördern
- Die Vielfalt Charlottenburg-Wilmersdorfs sichtbarer machen und migrantische Kulturvereine und Akteur*innen stärker unterstützen
- Künstler*innen finanziell fördern - und mehr Atelierräume und Platz für Street-Art-Projekte bereitstellen
- Lebendige Erinnerungskultur aufrechterhalten

Villa Oppenheim, Kommunale Galerie, Artothek, Bibliothek, Musikschule und Jugendkunstschulesind wichtige Kunst- und Kulturorte, die erfolgreiche Aktivitäten mit unterschiedlichen Zugängen für Junge und Alte im Bezirk entwickeln. Durch finanzielle und soziale Absicherung sollen sie unserem Bezirk langfristig erhalten bleiben und ihr vielfältiges Angebot - auch an neuen Orten - weiterentwickeln.

So befindet sich das Schoeler-Schlösschen im Ortsteil Wilmersdorf jetzt in der Planungs- und Bauphase zu einem Kulturort für alle. Durch Bürger*innen-Foren, während der Bauzeit, sollte schon jetzt eine Bürger*innenbeteiligung ermöglicht werden. Die gelegentliche Nutzung des Gärtchens für kleinere künstlerische Projekte kann die Nachbarschaft für die zukünftigen Aufgaben des Hauses gewinnen.

Neben den Aktivitäten der kommunalen Kultureinrichtungen unterstützen wir das, was uns als Stadtgemeinschaft zusammenbringt und unseren Bezirk lebendig werden lässt. - Die Aneignung der öffentlichen Plätze durch Musik, Theater, Performances sowie Bürgerfesten und Mitmachaktionen!

Während das“ Bezirksfest“ (ehemals Fest der Nationen) noch deutlicher die Vielfalt unseres Bezirks durch die Beteiligung unterschiedlichster Communities zum Ausdruck bringen sollte, zeigt das Europafest der Bürgerinitiative "Miteinander im Kiez e.V." am Leon-Jessel-Platz, welche Bereicherung solche Aktionen für den jeweiligen Kiez, oder die thematisch auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Events am Steinplatz für den gesamten Bezirk sein können.

Unser Bezirk ist nicht nur „Innenstadt“, sondern hat zahlreiche Kieze, die auch für die langjährigen Bewohner*innen Interessantes zu bieten haben. Die bisherigen „Bürgermeisterspaziergänge“ wollen wir durch Themenspaziergänge, beispielsweise zur „Essbaren Stadt“, zum Denkmalsschutz, zu Kunst im öffentlichen Raum oder zu „Großbaustellen“ von den jeweiligen Dezernaten ergänzen

Um auf die Angebote der bezirklichen Kulturorte mehr aufmerksam zu machen, soll eine „digitaleLitfaßsäule“, die Ausstellungen und Veranstaltungen – auch der städtischen Kulturinstitutionen - in einem Kalender, z.B. auf der Website des Kulturamtes, übersichtlich ankündigen.

Wir wollen überall wohnortnahe, dezentrale Kulturangebote erhalten und fördern

Kommunale Einrichtungen sollen den Bürger*innen den Weg zu Kunst und Kultur wohnortnah und niedrigschwellig ermöglichen.

Wir setzen uns ergänzend zur zukünftigen Hauptbibliothek dafür ein, die bestehenden Stadtteilbibliotheken zu erhalten und diese als dezentrale Orte der Begegnung und für spartenübergreifende Veranstaltungen zu nutzen.

Wir wollen die Voraussetzungen für Schulen als kulturelle Orte schaffen. Das bedeutet, dass wir die Zusammenarbeit der Schulen mit der Musikschule, der Jugendkunstschule und freien Tanz- und Theatergruppen unterstützen – so wie es beim Vereinssport in Schulturnhallen schon praktiziert wird. Wir setzen uns für eine verstärkte, regelmäßige Nutzung von Schulräumen für außer- oder überschulische Angebote wie Instrumentalunterricht oder Theatergruppen ein, um Schulen als Begegnungsraum zu etablieren. Dazu braucht es klare Verantwortlichkeiten für Aufsichts- oder Schlüsselregelungen, aber auch einen Personalaufbau beispielsweise in den Musikschulen. So werden Schulen noch stärker zu einem Ort der Interessen- und Weiterbildung von Kindern und Erwachsenen.

Die Jugendkunstschule soll – um den begrenzten räumlichen Möglichkeiten an ihrem Standort zu begegnen - die Voraussetzungen für zukünftig mehr mobile Angebote entwickeln. So kann dem Bedarf von Schulen am Rande des Bezirks mehr entsprochen werden.

Ein neuer Kulturentwicklungsplan Bezirk-Stadtteil-Kiez soll für alle Stadtteile Ziele festlegen sowie mittelfristige und langfristige Vorhaben vorstellen. Ein solcher Kulturentwicklungsplan über die vom Bezirk beabsichtigten Vorhaben kann Orientierung geben und für die Bewohner*innen Anlass sein, sich einzumischen.

Wir befürworten die Einrichtung von Bücherboxen als Ausdruck bürgerschaftlichen Interesses, denn Bücherboxen sind für viele Bewohner*innen ein kommunikativer Ort. Es wäre hilfreich, wenn Pat*innenschaften für Bücherboxen durch Schulen eingeführt werden. Als Beitrag zur Nachhaltigkeit könnten Schüler*innen hier Verantwortung übernehmen.

Kulturelle Bildung wirkt integrativ und inklusiv

Kulturelle Bildung ist wichtig, um Kunst und Kultur für alle im Bezirk zu erschließen. Wir wollen einen Zugang zur Kultur für alle - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Elternhaus, Einkommen oder Bildungsabschluss.

Es gilt die kulturelle Bildung in schulischen und außerschulischen Zusammenhängen weiter zu fördern und die enge Zusammenarbeit von Schule und Kultur zu festigen! Einige Kooperationen im Bezirk sind während der Pandemie eingeschlafen. Diese wollen wir wieder aktivieren. Eine Broschüre über gelungene kooperative künstlerische Projekte soll dafür Mut machen.

Wir wollen einen jährlichen Jugendkulturpreis ausschreiben, der alle künstlerischen Sparten einbezieht und jeweils zur Eröffnung der Künstlerischen Werkstätten vergeben wird. Eine solche Förderung künstlerischer Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen würdigt ihre Leistungen bezirksweit. Darüber hinaus sollen die von den Kindern und Jugendlichen erstellten Beiträge öffentlich ausgestellt werden.

Gesprächskreise zwischen Kulturpädagog*innen und Künstler*innen aus kommunalen, privaten und städtischen Kultureinrichtungen sind essenziell, um sich über kulturpolitische Fragen auszutauschen. Ein Runder Tisch „Kulturelle Bildung“ kann zur Vernetzung wesentlich beitragen.

Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe, die wir durch kostenlose Angebote, flexible und alltagstaugliche Öffnungszeiten, dem Schließen von Leerstellen und mit Einstellung von Personal erfüllen möchten.

Für ausgewählte bezirkliche Projekte des Berliner Projektefonds möchten wir mehr Aufmerksamkeit schaffen und die Beteiligung der Schulen erhöhen.

Die kulturelle Vielfalt in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar machen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger Bezirk. Bei uns leben Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Wurzeln aus allen Teilen der Welt. Diese Vielfalt soll sich auch im Kulturangebot und der Kulturförderung des Bezirks widerspiegeln. Unterschiedlichen Communities möchten wir mehr Platz zum Ausleben und Darstellen ihrer Kunst und Kultur einräumen.

Um die Vielfalt Charlottenburg-Wilmersdorfs sichtbarer zu machen, wollen wir migrantische Kulturvereine und Akteur*innen stärker unterstützen. Wir setzen uns für einen offenen Dialog ein, in dem wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden Wege finden wollen, wie sie noch mehr Teil des öffentlichen Kulturlebens sein können.

Durch die Pandemie sind viele Städterpartnerschaften leider eingeschlafen. Diese wollen wir wieder neu beleben und weiter ausbauen. Partner*innenschaften, nicht nur im europäischen Raum, fördern die kulturelle Kompetenz und bieten einen Blick über den Tellerrand. Unsere Partnerstädte sollen für Projekte des kulturellen Austauschs, wie gemeinsame Ausstellungen oder Praktika, wieder gewonnen werden. Der europäische Gedanke soll durch gemeinsame künstlerische Netzprojekte mit Kindern und Jugendlichen weiterentwickelt werden.

Unsere Künstler*innen brauchen räumliche und finanzielle Unterstützung!

Als fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Charlottenburg-Wilmersdorf müssen wir Kultur und die Künste ernstnehmen. Es ist klar: Ohne Künstler*innen und Kulturschaffende auch keine Kultur. Deshalb setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der bezirklichen Künstler*innenförderung ein.

Wir möchten gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Künstler*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv fördern. Dies soll durch eine Erhöhung des Ankaufsetats sowie die fortgesetzte Beteiligung einer Jury bei Ankäufen für die Artothek sichergestellt werden.

Wir wollen Atelierräume für Künstler*innen ausbauen und temporär zur Verfügung stellen sowie für Street-Art-Projekte, Wandmalerei oder Graffiti Außenanlagen finden.

Mit der auch von uns Grünen unterstützten Kunstmesse wird den Künstler*innen weiterhin eine öffentlichkeitswirksame Präsentationform geschaffen.

Zur Stärkung der Sparte „Literatur“ machen wir uns für das Projekt der „Bezirksschreiber*in“ stark. So werden literarische Werke, die sich mit unserem Bezirk beschäftigen, gefördert und die ortsnahe Literaturlandschaft belebt. Außerdem wollen wir auch Literaturformate wie etwa Poetry Slam-Wettbewerbe in unserem Bezirk fördern und unterstützen.

Wir streiten für eine angemessene Erinnerungskultur und dekoloniale Stadtgesellschaft

Wir sehen die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Geschichte und der Zeit des Nationalsozialismus. Mit Nichtregierungsorganisationen und Bürger*innenbeteiligung suchen wir die kritische Aufarbeitung von Rassismus und Nationalismus, denn diese Verbrechen dürfen nicht vergessen werden. Wir erkennen die postkolonialen Kontinuitäten in der heutigen Welt und streben eine Stadtgesellschaft an, die sich kritisch mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus auseinandersetzt. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wollen wir ein umfassendes Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept für den Bezirk erarbeiten.

Wir dürfen unsere Geschichte nicht verdrängen. So wurde die Kultur Charlottenburg-Wilmersdorfs seit den 1920er Jahren stark durch jüdische Bürger*innen geprägt. Die Erinnerung an diese teilweise noch verschüttete Geschichte gilt es wachzuhalten und weiterzugeben.

Wir möchten die Gedenktafeln und Informationsstelen (zum Beispiel in der Wilhelmsaue für ehemalige Zwangsarbeiter*innen im Bezirk) sowie die Stolperstein-Initiativen, als wichtigen Teil der Erinnerungskultur, koordinierend unterstützen, zum einen mittels Personals, zum anderen durch die Anbindung an das Bezirksamt.

Die Zusammenarbeit mit polnischem Partner*innen und die gemeinsame Erforschung der Geschichte der Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde soll weitergeführt und eine gemeinsame Ausstellung gestaltet werden.

So wie bei der Wissmannstraße streben wir weitere Umbenennungen von öffentlichen Straßenund Plätzen an, welche sich ehrend oder verherrlichend auf die deutsche Kolonialvergangenheit beziehen. Eine Kommission aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen soll eingesetzt werden, die untersucht, ob und welche weiteren

Straßen umbenannt werden sollten. Antikoloniale Widerstandskämpfer*innen sollen bei der Umbenennung favorisiert werden.

Es bleibt weiterhin eine besondere kulturpolitische Aufgabe des Bezirks, an die deutsch-jüdische Vergangenheit zu erinnern und sich für das aktuelle kulturelle jüdische Leben einzusetzen. In Charlottenburg und Wilmersdorf gab es die höchsten Anteile jüdischer Bevölkerung in Berlin. Auch heute sind bedeutende jüdische Einrichtungen im Bezirk beheimatet. Daraus erwächst auch im aktuellen Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus die Aufgabe, in vielfältiger Weise durch Stolpersteine, Gedenkorte, Gedenktafeln, Veranstaltungen etc. an das jüdische Leben zu erinnern.

Nachhaltiges Wirtschaften und eine starke Bezirksverwaltung

Wir wollen eine funktionierende, bürger*innennahe und diverse Kommunalverwaltung, die sich den großen Herausforderungen der Zukunft stellt. Die massive Zerstörung unserer Umwelt und der Klimawandel haben genauso wie die Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Um die Wirtschaft auch in unserem Bezirk wieder anzukurbeln, müssen öffentliche Mittel gezielt eingesetzt und an Bedingungen geknüpft werden.

Ein Bezirk ist dem Gemeinwohl seiner Bürger*innen verpflichtet. Ist unsere Verwaltungsstruktur gut genug darauf ausgerichtet? Dieser Frage wollen wir uns stellen - in einem Bilanzierungsprozess, der keine reine Bestandsaufnahme, sondern zugleich eine Potenzialanalyse sein soll. Dieser Prozess lebt von der aktiven Mitwirkung und Gestaltung der Mitarbeiter*innen, aber auch der Bürger*innenschaft. Interesse zu wecken, Menschen mitzunehmen, zu beteiligen, ist dabei ein Erfolgsfaktor. Eine Gemeinwohlbilanz ist das Instrument, an dem sich nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern auch Bezirksverwaltungen messen lassen müssen.

Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- Mit effektiver Stellenbesetzung motivierte Mitarbeiter*innen für das Bezirksamt gewinnen
- Die Verwaltung wird endlich digital - und vielfältiger
- Die Wirtschaft im Bezirk wieder auf die Beine bringen - ökologisch und sozial gerecht
- Neue Perspektiven für den Einzelhandel in vielen kleinen und großen Zentren
- Fairer Handel in der Verwaltung und im Bezirk
- Gewerbestandorte sichern und weiterentwickeln
- Nachhaltig wirtschaften, bodenständig und kreativ

Mehr Beschäftigte für den Bezirk - kompetent und bürger*innenfreundlich

Die Bürger*innen haben das Recht auf eine funktionierende Verwaltung. Doch oft stößt das Bezirksamt an Grenzen: zu wenig Personal, zu geringe Mittel oder unklare Zuständigkeiten. Unsere Verwaltung muss personell ausgebaut, solide

finanziert und modernisiert werden. So ist etwa in der Pandemie deutlich geworden, dass digitale Verwaltungsleistungen schneller ausgebaut werden müssen und das Gesundheitsamt mehr qualifizierte Mitarbeiter*innen braucht. Der Service für die Bürger*innen muss verbessert werden: wir wollen unkomplizierte Zugänge, am besten im Internet, straffe und kürzere Verfahren, etwa bei erforderlichen Genehmigungen, und kürzere Wartezeiten im Bürgeramt. Auch im Zeitalter der Digitalisierung sollen alle Menschen im Bezirk von der Verwaltung die Hilfe und die persönliche Beratung erhalten, die sie brauchen.

Dazu muss vor allem der massive Personalnotstand in der Bezirksverwaltung endlich aufgelöst werden. Die Besetzungsverfahren dauern viel zu lange. Wir wollen, dass die Personalgewinnung effektiver wird – etwa mit flexiblen Stellenbeschreibungen, die auch Quereinsteiger*innen eine Chance geben, mit Sammelausschreibungen in den Bezirken und E-Recruiting. Eine bessere Abstimmung des zentralen Bewerbungsbüros bei der*dem Bürgermeister*in mit den einzelnen Fachabteilungen des Bezirksamts ist unbedingt erforderlich, ebenso wie eine verstärkte Kooperation mit dem JobCenter. Der massive Ausbau von Ausbildungsplätzen und die verstärkte Förderung von eigenen Nachwuchskräften muss ebenso berücksichtigt werden.

Einmal gewonnene Mitarbeiter*innen müssen aber auch gehalten werden. Der Bezirk hat noch viel zu tun, um sich einen Ruf als guter Arbeitgeber zu erarbeiten. Es braucht mehr Wertschätzung und bessere Bezahlung, mehr Möglichkeiten der Weiterbildung und Aufstiegschancen. Wir fordern im Bezirksamt die Position einer* Beauftragten für Gute Arbeit zu besetzen. Wir möchten, dass der Bezirk sich für seine Beschäftigten stark macht: für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für flexible Arbeitszeiten, für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeiter*innen. Die technischen Voraussetzungen für die Arbeit im Homeoffice wollen wir ausbauen und sie so vielen Beschäftigten wie möglich anbieten.

Insbesondere auch Honorarkräfte, wie an der Musikschule, leisten wichtige Arbeit, gerade mit den Kindern und Jugendlichen im Bezirk. Nach der ersten Anhebung der Honorare wollen wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Leistung der Lehrkräfte angemessen gewürdigt und die Zahl der Festanstellungen erhöht wird.

Zu viele Mitarbeiter*innen in der Verwaltung müssen sich krankmelden. Beim Krankenstand liegt das Bezirksamt berlinweit vorne – das muss sich ändern. Wir brauchen endlich ein modernes Gesundheits-Management und mehr Sensibilität für die Belastungen, denen die Beschäftigten im Dienst ausgesetzt sind.

Aktendeckel adé: die Verwaltung kommt an im 21. Jahrhundert

Bei der flächendeckenden Einführung der elektronischen Aktenführung ist der selbsternannte „Pilotbezirk“ Charlottenburg-Wilmersdorf bisher seinem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden. Digitalisierung der Verwaltung bedeutet: die Antragsbearbeitung erfolgt für die Bürger*innen soweit wie möglich online ohne Gang zum Amt, einfach und sicher sowie unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Dieser Herausforderung muss sich der Bezirk endlich ernsthaft stellen. Menschen, die Unterstützung bei Online-Anträgen benötigen, sollen diese durch eine Telefonhilfe des Bezirksamts erhalten. Die Mitarbeiter*innen der Telefonhilfe führen die elektronischen Verfahren stellvertretend durch. Bei den notwendigen Umstellungen auf elektronische Verfahren setzen wir einerseits auf die

Motivation und die bisherige Expertise der Mitarbeiter*innen im Bezirksamt, andererseits aber auch auf ein umfangreiches IT-bezogenes Weiterbildungsprogramm.

Mit dem Antidiskriminierungsgesetz hat Berlin wichtige Weichen für eine diskriminierungsfreie Verwaltung gestellt. Die Vorgaben wollen wir im Bezirksamt umsetzen und weiterentwickeln, potenziell diskriminierende Strukturen überwinden und dabei vor allem die Leitungsebene in die Verantwortung nehmen. Die Aneignung von Diversity-Kompetenzen der Mitarbeiter*innen wollen wir gezielt fördern. Die Bezirksverwaltung braucht ein Management der Vielfalt und eine konzeptionelle und personelle Ausrichtung auf interkulturelle Öffnung, gerade auch im persönlichen Kontakt mit den Bürger*innen des Bezirks.

Neben dem Personalmangel ist das Finanzierungssystem ein Problem für alle Bezirke. Die derzeitigen Prinzipien der Finanzierung wollen wir durchbrechen, indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Neben Kostendaten wollen wir auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen.Der Preis darf nicht alleiniges Merkmal guter Politik sein. Der Bezirk braucht mehr Spielraum für Gestaltung und politische Entscheidungen. Wenn ihm vom Land Berlin zusätzliche Aufgaben übertragen werden, wie etwa bei Zweckentfremdung und Mietendeckel, dann muss er dafür auch die notwendigen finanziellen und personellen Mittel erhalten.

Innerhalb der Bezirksverwaltung muss die geschlechtergerechte Verteilung der Haushaltsmittel (Gender Budgeting) wieder mehr in den Fokus rücken. Auf Landesebene müssen die gesetzlichen Grundlagen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation bei der Verteilung öffentlicher Gelder im Bezirk geschaffen werden. Die Bürger*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf sind Expert*innen für den Bedarf zusätzlicher Mittel vor Ort, sie müssen auch bei Entscheidungen eingebunden werden.

Nach jahrelangem Fahren auf Verschleiß unter vorherigen Senaten befinden wir uns bei der Sanierung und den Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur immer noch im Wiederaufbau. In den nächsten Jahren wollen wir weiter nachhaltig investieren: in die energetische Sanierung des Gebäudebestands, in die Nutzung erneuerbarer Energien, in Schul- und Kitaplätze, in bezahlbaren Wohnraum und in die Mobilitätswende mit mehr Radwegen, Fahrradabstellanlagen und Straßen zum Leben.

Wirtschaft fördern: ökologisch und sozial gerecht

Charlottenburg-Wilmersdorf ist gekennzeichnet durch seine vielfältige Gewerbe- und Einzelhandelskultur, die durch Corona hart getroffen worden ist. Die Bezirksverwaltung steht vor den großen Herausforderungen einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung in und nach der Zeit der Krise. Dazu gehört die Vergabe öffentlicher Aufträge als wichtiger Wirtschaftsfaktor ebenso wie die planungsrechtlich gesicherte Verfügbarkeit von Gewerbeflächen.

Für die kommenden Aufgaben muss gerade auch die bezirkliche Wirtschaftsförderung personell und finanziell besser ausgestattet werden. Damit der Bezirk den Unternehmen und Selbstständigen mit Rat und Tat zur Seite stehen kann, werden wir die Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsverbänden und dem Jobcenter, mit Einrichtungen wie Berlin Partner zielorientiert weiterentwickeln.

Viele Unternehmen wissen: die Krise wirkt als Transformations-Beschleuniger, sie nehmen zunehmend ökologische und soziale Aspekte in den Blick. Fördermittel sollen auch zur Verfügung gestellt werden, um externe Beratung für Unternehmen bei der Erstellung von Gemeinwohl-Bilanzen zu finanzieren. Dies führt zu mehr Transparenz hinsichtlich der Umsetzung von sozialen, solidarischen und ökologischen Standards im Unternehmen.

Eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft setzt auch eine geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik voraus. Bereits heute sind in unserem Bezirk Gründerinnen-Zentren wie das Unternehmerinnen-Centrum West (UCW) erfolgreich tätig. Diese Ansätze werden wir verstärkt fördern. Wir wollen auch eine bessere Begleitung von Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund durch interkulturell kompetente Beratung bei der Existenzgründung.

Einzelhandel im Zentrum

Gerade der Einzelhandel, ohnehin schon durch den digitalen Wandel betroffen, hat unter der Corona-Krise schwer gelitten. Dabei kann und muss er wesentlich dazu beitragen, Konsum- und Produktionsstile ökologisch und sozial nachhaltiger zu gestalten. Das ist notwendig, wenn wir die planetaren Grenzen beachten, den Klimawandel in den Griff bekommen und die biologische Vielfalt erhalten wollen. Es gibt viele Ansatzpunkte, die negativen Auswirkungen gerade unseres Lebensmittelkonsums einzudämmen: eine ökologischere Produktion, kürzere Transportwege, Mehrwegsysteme, weniger Verpackungsmüll, weniger Lebensmittelverschwendung und vieles mehr.

Die Weiterentwicklung des Einzelhandels bleibt eine zentrale Aufgabe der Bezirkspolitik. Nach der Übernahme des Stadtentwicklungs-Ressorts konnte unser grüner Stadtrat endlich die Grundlagen für die Erarbeitung eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts schaffen, um die Nahversorgung zu sichern und weiterzuentwickeln. Die vorhandenen Zentren mit ihrer vielfältigen attraktiven Angebotsmischung wollen wir erhalten und stärken. Noch bestehenden Lücken bei der Nahversorgung wollen wir schließen.

Wir werden Standortgemeinschaften mit gemeinsamen Lieferdiensten und Transporthilfen fördern. Insbesondere Verkaufsstrukturen für Bio- und Öko-Produkte aus der Region müssen gestärkt werden. Wir wollen auch Initiativen anstoßen, um vermehrt Mehrweg- und Rückgabesysteme einzusetzen. Die Vernetzung und Digitalisierung der lokalen Anbieter wollen wir fördern. In Kooperation mit der landeseigenen Digitalagentur müssen Förderprogramme entwickelt werden, um den Onlinehandel und stationären Handel miteinander zu verbinden.

Die vielen Wochen- und Themenmärkte in unserem Bezirk sind ein selbstverständlicher Teil unseres städtischen Lebens. Sie ergänzen nicht nur das Einzelhandelsangebot um regionale Produkte in der Innenstadt, sie befriedigen auch soziale, emotionale und kommunikative Bedürfnisse der Kund*innen. Deshalb verlangen wir, ein Konzept für die bezirklichen Märkte zu entwickeln mit dem Ziel, die Nahversorgungsfunktion mit einem vielfältigen Angebot zu erhalten und zu stärken.

Fairness für Handel und Dienstleistung

Charlottenburg-Wilmersdorf ist Fair-Trade-Town und muss diesem Anspruch auch tagtäglich gerecht werden. Dazu muss die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bezirksamt dauerhaft besser ausgestattet werden. Bei bezirklichen

Aktivitäten und anteilig bei Festen mit Bezirksbeteiligung müssen vorrangig faire Produkte zum Einsatz kommen. Wir möchten, dass die bezirkliche Wirtschaftsförderung mehr Werbung für die Verwendung von Fair-Trade-Produkten macht. Der Bezirk muss die Mitarbeit in der existierenden Steuerungsgruppe der Fair-Trade Town verstärken und offensiv für sein Standortmarketing nutzen.

In unserem Bezirk wollen wir einen Wettbewerb unter Schulen initiieren, um sich auf den Weg zur Fair-Trade-Schule zu machen. Dazu sollten die schulischen Gremien, das Kinder- und Jugendparlament und die Jugendfreizeiteinrichtungen gezielt angesprochen werden. Die Verwaltung soll auch auf die Hochschulen im Bezirk zugehen und für eine Stärkung des Fair-Trade-Gedankens in Lehre und Beschaffung werben.

Die Gastronomie im Bezirk wollen wir durch Umwidmung von Parkplätzen in Freisitzflächen stärken. Auf der Webseite des Bezirksamts soll für Cafés und Restaurants geworben werde, die auf Fair Trade, Bio- und regionale Produkte setzen. Bei den Ergebnissen der Lebensmittelkontrollen wollen wir Transparenz schaffen, damit Wirt*innen mit guten Ergebnissen werben können und Gäste wissen, was sie erwartet.

Wir wollen auch einen sanften Tourismus fördern, der auf ökologische Prozesse Rücksicht nimmt und der die Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung nicht beeinträchtigt, sondern Begegnungen ermöglicht und den hier lebenden Menschen guttut. Der Bezirk muss die Ausarbeitung eines Konzepts für einen nachhaltigen Tourismus ohne Störungen und Zweckentfremdung von Wohnraum zeitnah fertigstellen.

In der Vergabepolitik werden wir Impulse setzen, um im Bezirk den sozial-ökologischen Wandel weiter voranzutreiben. Die Bezirksverwaltung muss ihre Vergabeentscheidungen offenlegen und unter sozialen wie ökologischen Kriterien ausreichend begründen. Die Einkaufspolitik der Bezirksverwaltung muss konsequent auf Produkte ausgerichtet sein, bei deren Herstellung soziale und ökologische Kriterien eingehalten werden.

Wir wollen sicherstellen, dass bei allen Auftragsvergaben die Auftragnehmer*innen die internationalen Kernarbeitsnormen einhalten. Die Vergabe von Aufträgen darf nur an Unternehmen erfolgen, die sich an die Tarifbindung halten. Wir fordern die Rekommunalisierung der Schulreinigung auf Basis eines mit dem Senat vereinbarten Finanzierungskonzepts.

Für ein gerechtes Gewerbemanagement

Wir setzen uns für ein integriertes Konzept zur Sicherung und Qualifizierung von Gewerbeflächen ein. Die bestehenden Gewerbestandorte wollen wir erhalten und entwickeln. Um eine wohnortnahe Versorgung und kurze Arbeitswege zu sichern, dürfen insbesondere das Kleingewerbe, Manufakturen, Handwerksbetriebe und Werkstätten nicht weiter verdrängt werden. Wo anstelle bisher extensiver Gewerbeflächennutzung eine bauliche Verdichtung angestrebt wird, soll durch neue flächensparende Gewerbegeschossbauten mit leistbaren Mieten in landeseigener oder genossenschaftlicher Hand der Verbleib der Betriebe am Standort ermöglicht werden.

Wir unterstützen Bestrebungen der Messe Berlin, Kongresse und Messen mit klaren Nachhaltigkeitszielen neu aufzustellen.

Bei neu zu entwickelnden Flächen müssen niedrigschwellige Angebote etwa für Start-Ups und Handwerksbetriebe in ausreichendem Maß berücksichtigt werden. Mit kultureller und sozialer Infrastruktur wollen wir besonders auch nichtkommerzielle Angebote schaffen und in Kooperation mit freien Trägern unterstützen.

Nachhaltig wirtschaften

Die Bezirksverwaltung muss die Transformation von Unternehmen zum nachhaltigen Wirtschaften fördern nach den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie: statt Orientierung an quantitativem Wachstum, Konzentration und Verdrängungswettbewerb setzen wir auf bessere Qualität von Produkten und Arbeitsbedingungen, Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, Ortsbezug, Vernetzung, Kooperation und Solidarität. Der auf ständigen Neuerwerb von Gegenständen ausgerichteten Konsumgesellschaft stellen wir den Gedanken eines ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensstils gegenüber.

Wir wollen eine bezirkliche Wirtschaftsförderung, die der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Das Bezirksamt muss bei der Begleitung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen auf diesem Weg eine weitaus größere Rolle spielen. Wir wollen in unserem Bezirk das Modell Ökoprofit initiieren, ein Beratungs- und Qualifizierungsprogramm, das produzierende und Dienstleistungs-Unternehmen sowie Sozialeinrichtungen und Handwerksbetrieben bei der Einführung und Verbesserung des betrieblichen Umweltmanagements unterstützt. Den Verkauf von plastikfreien, unverpackten, klimaneutralen Produkten und die Verwendung umweltfreundlicher Verpackungslösungen in der Gastronomie für den Außer-Haus-Service werden wir unterstützen.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer soll der Bezirk einen Aktionsplan Handwerk für alle entwickeln, um insbesondere weibliche Nachwuchskräfte und junge Migrant*innen frühzeitig anzusprechen. Das Programm soll schon in den Schulen des Bezirks den Kindern und Jugendlichen die Vielfalt der Handwerksberufe nahebringen.

Dem Zwang zum ständigen Neuerwerb von Gegenständen begegnen Repair-Cafés mit dem Gedanken der Einsparung von Material und Energie: sie verlängern durch Reparatur die Lebens-und Nutzungsdauer von Gebrauchsgegenständen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einem ressourcenschonenden Lebensstil. Deshalb wollen wir die Repair-Cafés aus ihrem Nischendasein herausholen und ihr Potenzial für eine Veränderung hin zu einem bewussten Konsum ausschöpfen.

Die vielen freiberuflichen Kulturschaffenden und Kreativen machen den Bezirk zu einem einzigartigen Anziehungspunkt in der Stadt. Der Ausbruch der Corona-Pandemie war für sie katastrophal. Kunst und Kultur brauchen jetzt mehr denn je gezielte Förderung, aber auch Freiräume, um sich zu entfalten. Wir werden solche Orte erhalten und wo immer es geht auch neue schaffen, damit sich Kreativität neu entfalten kann. Ebenso wollen wir geeignete Standorte für die Clubkultur und Veranstaltungsräume bereitstellen.

Die Gründer*innenszene rund um den Campus Charlottenburg mit dem Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC) sind eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Wir wollen die institutionelle Gestaltung des Wissenstransfers in unserem Bezirk weiter stärken, insbesondere durch Förderung des auf Nachhaltigkeitsziele konzentrierten Gründungsgeschehens. Das Centre for

Entrepreneurship (CfE) der TU Berlin als eines der führenden Gründerzentren in der deutschen Hochschullandschaft wollen wir mit unserem Bezirk noch viel stärker vernetzen. Daneben entsteht mit der Chemical Invention Factory (CIF) das erste, voll auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Startup-Zentrum. Auch im Bezirk werden Ausgründungen aus der Wissenschaft zu einem wichtigen Faktor im Technologietransfer.